



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Das Frankfurter Parlament

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

Lebenswandel um alle Achtung gebracht hatte, zu gunsten seines Sohnes Maximilian dem Throne entsagen mußte.

Der 18. März brachte den Preußen die ersehnte Volksvertretung, indem der König die Berufung einer Nationalversammlung bewilligte. In Wien zögerte die Regierung, so daß es zu einem zweiten häßlichen Aufruhr kam (15. Mai); der blöde Kaiser Ferdinand entfloh nach Innsbruck, mußte aber die Berufung des österreichischen Reichstags gewähren.

Infolge dieser Vorgänge und angesichts der Haltlosigkeit der Regierung erhoben sich auch die slawischen Stämme Österreichs und traten zum folgenschweren „Slawenkongreß“ in Prag zusammen (Juni 1848); unter der geistigen Führung des bedeutenden Gelehrten Palacky forderten sie die Anerkennung des „böhmischen Staatsrechts“, d. h. der Selbstständigkeit eines tschechischen Königreichs Böhmen und beschloßen, in Böhmen, Mähren und Schlesien das Vorrecht der Tschechen zu fordern und die Verdrängung der deutschen Sprache zu betreiben; damit war der Streit zwischen den Völkern Österreichs, der sog. „Nationalitätenkampf“ zum Ausbruch gekommen, der seine höchste Steigerung während des Weltkriegs und seinen — zunächst wohl vorläufigen — Austrag durch den Zerfall des Gesamtstaats finden sollte.

Das Frankfurter Parlament.

In Preußen, in Österreich, überall da, wo die Umwälzung siegreich geblieben war, herrschte in jenen Tagen ein wüstes, unübersehbares Durcheinander. Die unteren Volksmassen gefielen sich in der Herrschaft; das gebildete und besitzende Bürgertum war nicht imstande, die Führung zu übernehmen; die Regierungen schwankten und zeigten sich der Lage nicht gewachsen. Es war, als müsse sich auch in Deutschland eine solche Bewegung einmal austoben, — leider aber war kein überlegener Geist und Wille vorhanden, sie schon jetzt zum Guten zu führen.

Und doch verfügte das zur Freiheit erwachte Volk über eine erstaunliche Fülle geistig hervorragender Männer, die geleitet wurden von reinem Streben und begeisterter Vaterlandsliebe; aber es fehlte auch diesen unvergeßlichen Männern, wie sich bald zeigte, das Wichtigste: die klare Erkenntnis des politisch Durchführbaren und die Macht zur Erzwingung des einmal Beschlossenen. Aber obwohl sie mit ihren Bestrebungen scheiterten, was sie sprachen und schrieben, blieb doch unverloren, denn es war der Ausdruck des leidenschaftlichen Verlangens nach dem deutschen Einheitsstaat und hatte die Folge, daß die Frage der Einigung nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung verschwand.

Am 31. März 1848 trat in der alten Kaiserstadt Frankfurt eine Schar von Mitgliedern deutscher Volksvertretungen zusammen, um im Einvernehmen mit dem nachgiebig gewordenen Bundestage über die

Berufung einer allgemeinen deutschen Nationalversammlung zu verhandeln; dies sog. Vorparlament kam zum Beschluß, daß die Zeit für die Erfüllung der Volkswünsche reif sei und verlangte unter der jubelnden Zustimmung aller Freiheitlichen die Berufung des deutschen Parlaments. Der Bundestag stimmte zu; die Wahlen wurden in den Einzelstaaten ausgeschrieben und vorgenommen, und am 18. Mai 1848 trat in der Paulskirche unter Glockengeläute und überströmender Begeisterung die langersehnte Volksvertretung zusammen, die lebendige Verkörperung des Gedankens der deutschen Einheit.

Und das deutsche Volk konnte stolz sein auf diese seine erste Vertretung: eine Sülle glänzend begabter Männer, besonders aus den Kreisen der Gelehrten; Redner von hinreißender Gewalt; vielleicht das an geistigen Kräften reichste Parlament der Geschichte.

Der anerkannte Führer wurde bald der edle Heinrich von Gagern, eine durchaus sittliche Persönlichkeit, die auch die Gegner zur Achtung zwang; der stattliche Mann wurde so recht der Vorkämpfer jener Bewegung, ein Volksmann im besten Sinn des Wortes; mochte auch sein „kühner Griff“, durch den er die Schaffung einer Reichsverweserschaft erreichte, nicht die Lösung der deutschen Frage bringen, so ist doch kein Zweifel, daß er mit scharfem Verstande die politische Zukunft vorhersah und nicht scheiterte an seiner eigenen Unzulänglichkeit, sondern an der bald eintretenden Uneinigkeit der Parteien des Parlaments und daran, daß ihm, der dem Mittelstaate Hessen entstammte und dort März-Minister gewesen war, die Zwangsmittel fehlten, über die nur ein Großstaat verfügen konnte, um seinem Willen Geltung zu verschaffen. Neben ihm sei noch der Geschichtschreiber Dahlmann genannt, einer der „Göttinger Sieben“; er bemühte sich, eine für die unendlich verwickelten Verhältnisse Deutschlands geeignete Reichsverfassung auszuarbeiten; unermüdlich war der bedeutende Mann am Werke, etwas politisch Brauchbares zu schaffen.

Auf österreichischer Seite gewann der Abgeordnete Anton von Schmerling bald den größten Einfluß; ein hervorragender Mann, aber mit seinen engeren Landsleuten vor die unlösbare Aufgabe gestellt, ein deutsches Reich schaffen zu helfen, ohne den österreichischen Großstaat zu zerstören.

Bald nach seinem Zusammentritt wählte das Parlament auf Gagerns Antrag den vollstümlichen, aber nicht eben bedeutenden Erzherzog Johann, in der Zuversicht, daß das Reich ja doch zustande kommen werde, zum Reichsverweser. Gleichzeitig damit löste sich der traurige Bundestag auf, und der in übersprudelnder Begeisterung in Frankfurt empfangene Reichsverweser berief ein Reichsministerium, das leider sehr schnell die Erfahrung machen sollte, daß eine Regierung ohne wirkliche Macht ein Unding ist.

Bald zeigte sich, daß Begeisterung und Begabung noch nicht ausreichen, um Staatsmänner zu machen. Die schönen Tage des Parlaments waren rasch zu Ende; in uferlosem Redekampf wurde über die „Grundrechte“ gestritten und die Zeit verloren, in der die eingeschüchterten Regierungen willfährig gewesen wären. Als man dann nach endlosen Wortgefechten zur Feststellung der Reichsverfassung kam, war es zu spät: Preußen und Österreich waren wieder zu sich gekommen, und ihre Regierungen warfen die Frage auf, wie dies Parlament und die Reichsregierung ohne Heer ihnen seinen Willen aufzwingen wolle. Es geht nicht an, die Einzelheiten jener wechselvollen Verhandlungen und des Ränkespiels der Regierungen zu schildern; es genügt die Feststellung, daß endlich in der Hauptsache zwei Parteien sich gegenüberstanden: die Großdeutschen und die Kleindeutschen; daneben gab es eine lärmende republikanische Gruppe, die aber ohne besondere Bedeutung blieb.

Die Kleindeutschen erkannten, daß der österreichische Kaiserstaat das Hindernis der deutschen Einheit sei; denn das zukünftige deutsche Reich wollte und durfte die Slawen und Madjaren Österreichs gewiß nicht aufnehmen, während die österreichische Regierung nicht zugeben wollte, daß nur ihre deutschen Kronländer in das Reich eintraten, weil dadurch der Staat zerrissen worden wäre. Aus dieser unlösbaren Schwierigkeit schien der schmerzliche Ausweg allein der zu sein, Österreich auszuscheiden — leider mit seinen Deutschen —, und unter Preußens Führung das engere Reich, „Kleindeutschland“ zu schaffen. Mit staatsmännischem Weitblick faßte Gagern, der Führer dieser Partei, eine Ergänzung dieses „kleinen“ Reiches dadurch ins Auge, daß Kleindeutschland mit Österreich in ein dauerndes Bundesverhältnis gebracht werde, etwa wie es unter Bismarck im Jahre 1879 abgeschlossen wurde.

Die Großdeutschen wollten nicht auf die Volksgenossen in Österreich verzichten; sie sagten mit Recht, daß ein deutsches Reich ohne die Millionen Deutschen Österreichs keine endgültige Lösung der deutschen Frage sei, und wollten die Schwierigkeit, die sich aus dem dortigen Volksgemisch ergab, nicht als entscheidend gelten lassen; es müsse eine Form gefunden werden, um die Deutschen Österreichs dem neuen Reiche zu erhalten.

Schließlich bekannte sich die Mehrheit des Parlaments zu der kleindeutschen Politik und wählte den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 28. März 1849 zum deutschen Kaiser; am 3. April stand die Abordnung des Parlaments vor dem Hohenzollern und trug ihm die Kaiserwürde an.

Der aber erklärte, daß er nur aus der Hand der Fürsten die Krone annehmen wolle und lehnte ab. Damit war die hoffnungsvolle Bewegung gescheitert; weder das große, noch das kleine Deutschland war zustande

gekommen, und es herrschte vollste Verwirrung. Schlimm war es für das Ansehen des Königs unter den treuen Vaterlandsfreunden, daß ein böses Wort von ihm bekannt wurde: er hatte davon gesprochen, daß er die Kaiserkrone abgelehnt habe, „weil der Ludergeruch der Revolution an ihr haften“.

Inzwischen war das Leben im Parlament entartet, während die einzelstaatlichen Regierungen nach der Niederwerfung von Aufständen in der Pfalz und Baden, in Sachsen und Böhmen sich wieder kräftig genug fühlten, der Volksbewegung Herr zu werden.

Noch im Frühsommer 1849 beriefen viele die Vertreter ihrer Wahlkreise aus dem Parlament ab, andere Abgeordnete schieden aus eigenem Entschlusse aus, wie besonders die Österreicher — kurz der Sommer sah die einst so glänzende Versammlung vor dem ruhmlosen Ende; nur eine Schar von „Unbedingten“, in der Hauptsache süddeutsche Republikaner, blieb als „Rumpfparlament“ zusammen und verlegte dessen Sitz nach Stuttgart; dort ergingen sie sich in nutzlosen Kundgebungen, deren Torheit nur durch die Einflußlosigkeit dieser Versammlung überboten wurde. Am 18. Juni 1849 ließ die württembergische Regierung das Rumpfparlament mit Waffengewalt auseinandertreiben. Im folgenden Dezember legte der Reichsverweser sein jedes Inhalts beraubtes Amt nieder. Ein bitteres Ende! Aber unverloren blieb doch die treibende Kraft des tollen Jahres: die Sehnsucht der Besten im Volke nach der politischen Einheit.

Verhängnisvoll wurde es für die weiteren Einheitsbestrebungen, daß König Friedrich Wilhelm IV., der Erwählte der Kleindeutschen, so völlig versagt hatte und daß dadurch auch dem preussischen Staate das Zutrauen der Süddeutschen weiter verloren ging: wenn Preußen alle Hoffnungen betrog, wenn sein König die Kaiserkrone zurückwies, wie sollte dann Deutschland geeinigt werden können?

Dabei muß, wer gerecht ist, anerkennen, daß die Weigerung Friedrich Wilhelms an sich wohlbegründet war, da die Annahme der Kaiserkrone den Krieg mit Österreich und Rußland gebracht haben würde. Dazu aber war Preußen nicht gerüstet — das war die Schuld des Königs; hierfür war sein Spiel nicht diplomatisch vorbereitet — wiederum durch des Königs Schuld. Und dann war der Grund, den Friedrich Wilhelm angab „nur aus den Händen der Fürsten wolle er die Krone annehmen“, geeignet, ihn selbst als Verächter des Parlaments und des Volkes erscheinen zu lassen; gleichzeitig konnte man andererseits den Entschluß daraus lesen, daß er die Krone annehmen würde, wenn sie ihm durch die Fürsten angeboten werde.

Als ob in diesem Falle der Krieg mit Österreich und Rußland nicht gekommen wäre! Oder dachte jemand im Ernste daran, daß auch Habs-

burg dem jüngeren Hause Hohenzollern freiwillig die Kaiserkrone anbieten werde?

Mit dieser Fragestellung ist gekennzeichnet, wie unklar im Erkennen, wie haltlos im Entschließen der König sich in dieser schwierigen Zeit erwies.

Der preußisch-österreichische Gegensatz.

Seit dem Wiener Kongreß hatte Preußen darauf verzichtet, eine eigene selbständige auswärtige Politik zu betreiben, und sich ganz unter den Einfluß Metternichs gestellt; unter Friedrich Wilhelm IV. blieben die Verhältnisse, wie unter seinem Vater. Auch in den Fragen der inneren Politik war es ähnlich. So ist es klar, daß der preußisch-österreichische Gegensatz viel von seiner früheren Schärfe verloren hatte, ja fast ganz verwischt schien: Hohenzollern, und vor allem Friedrich Wilhelm IV., ordnete sich freiwillig dem „vornehmen Erzhaufe“ unter.

Nur auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik war Preußen selbständig und fand sich infolge davon im Gegensatze zu Österreich: denn die führenden Männer der Zolleinigung vertraten die richtige Ansicht, daß Österreich mit seinen Kroaten, Slowenen, Slowaken, Polen, Tschechen und Madjaren nicht in den Zollverein passe, da die Gütererzeugung und der Verbrauch dort sich mit den Verhältnissen in Preußen, Sachsen und den süddeutschen Staaten nicht annähernd vergleichen lasse. Die Bestrebungen der österreichischen Staatsmänner, mit der Monarchie in den Zollverein aufgenommen zu werden, waren deshalb mit Recht standhaft zurückgewiesen worden. Sonst aber herrschte infolge der Selbstbescheidung der preußischen Könige Eintracht zwischen den beiden deutschen Großmächten.

In dem Augenblick aber, wo durch die Wirkungen der Märzrevolution die Frage der politischen Einigung des gesamten Deutschland brennend wurde, mußte auch die Frage entstehen, unter welcher Führung sie vollzogen werden solle, ob unter Österreich oder Preußen, — ob der neue Kaiser ein Habsburger sein werde, oder ein Hohenzoller. Damit mußte sofort der alte Gegensatz wieder aufleben, und auch die Haltung Friedrich Wilhelms IV., der in Verehrung dem älteren Geschlechte Habsburg den Vorrang einräumte, konnte daran nichts ändern: in solchen politischen Lebensfragen der Völker sind die Verhältnisse stärker als die Menschen.

Wir wissen, wie in Frankfurt die Dinge sich zugespitzt hatten: es erschallten die Rufe: „hie kleindeutsch“ — „hie großdeutsch“; die Partei der Kleindeutschen hatte die Mehrheit gewonnen und dem Preußenkönig die Kaiserwürde angetragen. Es ist uns bekannt, daß der sie ablehnte.

Aber nun zeigte sich sofort: mit Friedrich Wilhelms Absage war die Frage nicht erledigt; der Drang des Volkes nach der Einheit konnte durch den unstillen, unklaren Willen eines schwachen Fürsten nicht bestätigt werden — und dieser Drang mußte naturnotwendig auf Preußen wirken.